

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XAIII/165

Bonn, den 2. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite | | Zeilen |
|--------|--|--------|
| 1 - 1a | Zwischen Skepsis und Hoffnung Sicherheits- und Kontrollprobleme im Vordergrund Von Günter Markscheffel, z.Zt. Genf | 65 |
| 2 - 4 | Die Wahrheit wird siegen Von Herbert Wehner, stellv. Vorsitzender der SPD | 139 |
| 5 - 6 | Verteidigung der Menschenrechte Zum "Tag der Deutschen" in Berlin Von Dr. Alfred Graef | 80 |
| 7 - 8 | Folgen des Konjunkturaufschwungs Mehr Gastarbeiter aus Spanien und Portugal Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid | 52 |

Zwischen Skepsis und Hoffnung

Sicherheits- und Kontrollprobleme im Vordergrund

Von Günter Markscheffel, z.Zt. Genf

Einen Tag vor der mit großer Spannung erwarteten Rede von Bundesaußenminister Willy Brandt in der Plenarsitzung der Konferenz der nicht-nuklearen Staaten sind die internen Beratungen über den weiteren Verlauf der Tagesordnung immer noch in vollem Gange. Weit davon entfernt, sich von den nuklearen Großmächten bremsen oder gar einschüchtern zu lassen, bestehen die sogenannten Schwellenmächte und jene Staaten, deren Ausbau der Atomenergieerzeugung noch im Anfangstadium ist, gerade jetzt auf der gewissenhaften Überprüfung aller Aspekte ihrer Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet. Hierbei sind - akzentuiert durch die Vorgänge in der CSSR - selbstverständlich die Sicherheits- und Kontrollprobleme im Vordergrund. "Papiere", die noch vor einigen Wochen gültig waren, werden jetzt zurückgezogen und durch neue ersetzt.

Während die Diskussionen über die rein militärischen Sicherheitsfragen immer stärker auf die Ebene der militärischen Bündnisse verlagert werden, bleiben die bis zur Stunde vorliegenden Vorschläge für die allgemeinen Kontrollen spaltbaren Materials und dessen Verwendung hart umstritten.

Lateinamerikaner und Asiaten würden es jetzt vorziehen, wenn man das Kontrollsystem auf eine einzige und nicht auf mehrere "Behörden" verlagerte. Sie befürchten, daß - falls die Koppelung Wiener Behörde plus EURATOM Schule machen sollte - auch andere Regionalkontrollen zur Regel werden könnten. Dadurch würde, so meinen zum Beispiel die Japaner, ein "weltweites Durcheinander" entstehen, das zu entwirren immer schwieriger werden dürfte.

Aus diesen Grunde findet die von Brandt erwähnte Einladung möglichst vieler Interessenten zum Studium deutscher Ergebnisse auf dem Gebiet der nuklearen Kontrollmöglichkeiten immer größeren Anklang. Selbst Polen würde eine solche Einladung wahrscheinlich annehmen.

Wer alle diese Überlegungen, die vorläufig mehr hinter den Kulis-

sen eine Rolle spielen, nicht kennt, ist leicht versucht, das ganze Konferenzgeschehen mit einer gewissen Geringschätzung zu beurteilen. Nichts wäre falscher als das. Ohne die Ereignisse in der USSR wäre die Konferenz sicher zu einer Routineangelegenheit geworden, bei der man noch einmal längstbekannte Thesen wiederholt hätte. Jetzt dagegen sind die Sinne geschärft. Man will vieles, was vorher schon "gelaufen" schien, jetzt genauer wissen und will vor allem verhindern, daß durch nicht zu Ende gedachte Entscheidungen der nuklearen Großmächte das Schicksal von Millionen Menschen in mittleren und kleineren Staaten auf das Spiel gesetzt werden könnte.

Diese Überlegungen erstrecken sich sowohl auf den möglichen Mißbrauch der Atomenergie bei militärischen Entscheidungen, als auch auf die Weiterentwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken.

Es ist bezeichnend, daß zum Beispiel polnische Delegationsmitglieder bereits angekündigt haben, Polen werde auch auf dieser Konferenz wieder militärische Entspannungszonen zur Sprache bringen; diesmal aber nicht nur für Europa, sondern auch für die Gebiete, in denen die Bevölkerung, ähnlich wie auf dem alten Kontinent, in ständiger Furcht vor politischen und militärischen Fehlentscheidungen der Atomkräfte lebt.

Man darf darauf gespannt sein, ob die polnische Delegation ihre Ankündigung wahr machen und wie - wenn dies der Fall sein sollte - die Konferenz darauf reagieren wird.

Bundesaußenminister Brandt hat einen beachtlichen Teil seiner Rede auch d i e s e n Fragen gewidmet, wobei natürlich die deutschen Überlegungen unter besonderer Berücksichtigung der Lage des geteilten Europas und des geteilten Deutschlands im Vordergrund sein werden.

So steht jetzt am Vorabend des Beginns der großen Plenardebatte der Konferenz nuklearer Hauptmächte das Barometer der internationalen Politik zwischen Tief und Hoch, mit anderen Worten zwischen Skepsis und Hoffnung. Daß in einer solchen Atmosphäre zahlreiche Gerüchte entstehen, ist nur zu verständlich. So wird zum Beispiel seit Sonntag in Genf behauptet, Präsident Johnson und Kossygin wollten sich spätestens gegen Ende des Monats September in Genf treffen, um eine gemeinsame Erklärung für die Sicherung des Friedens in der Welt auszuarbeiten. Eine Bestätigung konnte für dieses Gerücht jedoch nicht gegeben werden.

Die Wahrheit wird siegen

Von Herbert Wehner,
stellv. Vorsitzender der SPD

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Bundesminister Herbert Wehner, hat am 1. September über den Sender RIAS folgende Ansprache gehalten:

Am 1. September dieses Jahres 1968 meinen manche Verfasser von Leitartikeln und Kommentaren, sie könnten abschließende Urteile über das tschechoslowakische Drama schreiben. Aber wer noch nicht vergessen hat, daß am 1. September des Jahres 1939 manche Regierungsmacht ausübende Politiker und ihnen schmeichelnde Leitartikler und Kommentatoren gemeint hatten, sie vermöchten abschließende Urteile zu fällen über die Bedeutung und die Auswirkungen des verhängnisvollen Schrittes, den damals Hitlers Überfall auf Polen bedeutete, der wird am 1. September 1968 mindestens zurückhaltend sein. Nekrologe sind nicht am Platze. Die Ereignisse sind noch im Fluß.

Ein vom SED-Organ "Neues Deutschland" gebrauchtes Wortbild vom "Eisberg" ist in einer viel umfassenderen Bedeutung kennzeichnend für die gegenwärtige Situation, als es denen bewußt ist, die dieses Wortbild zu einem verwerflichen Zweck verwenden. "Neues Deutschland" hat in seiner Ausgabe vom 1. September 1968 behauptet, unter der Losung "Methode Eisberg" vollziehe sich in der Tschechoslowakei eine Art von taktischem Manöver. Diejenigen, die vom "Neuen Deutschland" als das "Gros der konterrevolutionären Kräfte" beschimpft werden, tauchten - so stellt es das SED-Blatt dar - unter, während offen sichtbar nur die Spitze des Eisberges bleibe. Mit der Schamlosigkeit, die den in deutscher Sprache schreibenden Klopfhähnern der Interventionsgruppe des Warschauer Paktes eigen ist, denunzieren sie, die sogenannten Konterrevolutionäre ließen, weil "durch die Anwesenheit der fünf Armeen ... und durch die von den staatlichen und Parteiorganen ergriffenen ersten Maßnahmen eine neue Situation für sie entstanden" sei, "nur die Spitze des Eisberges sehen, die sich im wesentlichen auf drei Aufgaben" konzentriere, die vom "Neuen Deutschland" folgendermaßen bezeichnet werden: "Die Normalisierung des Lebens mit allen Mitteln zu stören, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und damit davon abzulenken, daß die Hauptkraft der Konterrevolution unter der Oberfläche einen neuen Schlag vorzubereiten sucht." So denunziert das SED-Blatt Menschen, die unter unsagbar schwierigen Verhältnissen versuchen müssen, ihr eigenes Land und ihr eigenes Volk aus unverschuldeter Not und vor ärgstem Verderben zu retten. Die Besatzer sollen scharf gemacht werden, Was die Besatzer der Menschen unseres tschechoslowakischen Landes angeht, so ist die Situation, die sie erleben, die gleiche.

lowakischen Nachbarvolkes antan, soll durch die Denunziation, die mit dem Wortbild vom "Eisberg" ausgesprochen wird, gedeckt werden.

Aber das Wort vom "Eisberg" ist in einer ganz anderen Bedeutung kennzeichnend für die politische Landschaft als die Denunzianten vom "Neuen Deutschland" es verstanden wissen wollen. Das ganze tschechoslowakische Drama kann man nämlich als die erkennbare Spitze eines Eisberges verstehen; insofern sie von vielen Einsichtigen in der Welt als ein Teil von tiefergehenden und noch nicht erkennbaren Vorgängen und Ereignissen gewertet wird, die aller Welt noch viel zu schaffen machen werden. Wer so, wie es die Kommentatoren des SED-Blattes tun, das tschechoslowakische Drama weiter schüren möchte, statt seinen Beitrag dazu zu leisten, daß es entmilitarisiert, das heißt, daß tatsächlich die CSSR von den Truppen geräumt wird, die sie besetzt haben, der macht sich schuldig erstens an der Unterdrückung des Volkes der CSSR und zweitens an der Militarisierung aller aus diesem Vorgang entstehenden weiteren Konflikte.

Es hat den von der Geschichte schon verurteilten Verantwortlichen für das Münchener Abkommen vom Jahre 1938 nichts genützt, daß zeitweilig Gewalt vor Recht zu gehen schien, weil andere sich mit dem Akt von München im Jahre 1938 abzufinden schienen oder abzufinden suchten. Die für das unter Androhung von Gewalt erpresste Abkommen von München 1938 Verantwortlichen verrechneten sich, als im März 1939 der militärische Einmarsch in das sogenannte Protektorat hingenommen zu werden schien. Gewiß, die Geschichte wiederholt sich nicht einfach. Aber die Entwicklungen von Ursachen und Wirkungen lassen sich auch nicht durch die Einteilung der Welt in sogenannte Lager für alle Zeiten unterdrücken. Diejenigen, die es zu verantworten haben, daß am 1. September des Jahres 1939 der Befehl zum Angriff auf Polen gegeben wurde, sind schließlich weder ihres militärischen Sieges über die polnischen Streitkräfte noch ihrer mit brutalster Perfektion vorgenommenen blutigen Unterdrückung des Volkes in Polen froh geworden. Diese schreckliche Kette von Ursachen und Wirkungen ist nur zu beenden, wenn die Gegensätze und Differenzen mit den Mitteln der Politik und der Verständigung ausgeräumt werden, statt sie durch Drokung mit Gewalt und Anwendung von Gewalt ständig zu verlängern. Daran nach Kräften mitzuwirken, ist die Bundesrepublik bereit. Darauf konzentriert sich die Politik ihrer Regierung.

Die Regierungen aller Länder, die verantwortlich für den Frieden in der Welt handeln wollen, werden das Prinzip der strikten Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker und Staaten mit den in ihren eigenen Kräften stehenden Möglichkeiten diplomatischer und politischer Aktivitäten in Richtung strikter Entmilitarisierung von Konflikten zu verbinden suchen müssen. Alles, was außerhalb des Warschauer-Pakt-Bereichs zur Gewährleistung der militärischen Sicherheit zu tun notwendig ist, muß

auf eine Weise getan werden und gestützt auf eine Weise, die nicht zusätzlich Öl in das vorhandene Feuer schüttet, aber die Ausweitung des Konfliktes verhüten hilft. Wenn die Propagandisten der Invasionsgruppe des Warschauer Paktes ein solches Verhalten als "Kriegserklärung" zu denunzieren suchen, strapazieren sie die Sprache in einer Weise, die auf sie selbst zurückfällt. Wir haben noch in Erinnerung, daß sowohl Walter Ulbricht als auch Willi Stoph im Jahre 1967 verschiedentlich die Friedenspolitik der Bundesregierung und die praktischen Vorschläge zur tatsächlichen Entspannung der Gegensätze in Europa und im gespaltenen Deutschland als angebliche Kriegserklärung zu Brandmarken versuchten. Sollte damit mehr zum Ausdruck gekommen sein als die Verwilderung der Sprache?

Das tschechoslowakische Drama hat drastisch deutlich gemacht, daß mehr auf dem Spiele steht als der Wortstreit um Ideologien und Einfluszbereiche. Vom rumänischen kommunistischen Partei- und Staatschef ist dieser Tage gesagt worden, Freiheit sei die Gleichheit der Individuen und der Nationen. Streiten wir nicht um Worte. Am Beginn der ersten internationalen Arbeiter-Assoziation standen die Worte, daß "die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollen, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen sind". So hieß es in der von Karl Marx geschriebenen Inauguraladresse der ersten internationalen Arbeiter-Assoziation. Darum wird es gehen, so lange, bis die Wiedergeburt der menschlichen Gesellschaft nach unsäglichen Schmerzen zustandegebracht sein wird. Auch deshalb ist jetzt nicht die Zeit für Nekrologe.

Mancher sieht heute manches anders und besser als er es zur Zeit von München 1938 oder zur Zeit des September 1939 hatte sehen können. Manche von denen, die im September 1968 nein, Gewalt gehe eben doch vor Recht, werden noch erleben, daß Gewalt fortzeugend Gewalt erzeugen muß. Heute schon ist gewis, daß unser Nachbarvolk in der CSSR aus diesem Drama gerechtfertigt hervorgehen wird. Es wird Sache derer sein, die es in einer die Welt tief aufrührenden Weise in ihr eigenes Prokrustesbett zwingen möchten, ihre Handlungen zu revidieren. Je länger sie es aufschieben, um so schwieriger wird - trotz aller zeitweiligen Triumphe die Gesamtlage und damit auch ihre eigene. Heute ist niemandem damit gedient, aufzutrupfen. Verantwortungsbewußt handelt nur der, der zur Entwirrung beizutragen sucht.

Im Verlaufe der letzten Wochen haben Parolen und Namen häufig mehrmals am Tage gewechselt. Die SED-Führung im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands wird besonders schlecht dastehen, wenn man den Katalog ihrer eigenen Begründungen und Behauptungen für ihre Teilnahme an der Invasion vor Augen hat. Das deutsche Volk aber wird dem tschechoslowakischen Nachbarvolk in die Augen sehen können, weil es nicht verborgen bleiben wird, daß es mit diesem Nachbarvolk in freundschaftlichen Verhältnis leben möchte. Die Wahrheit wird siegen.

Verteidigung der Menschenrechte

Zum "Tag der Deutschen" in Berlin

Von Dr. Alfred Graef

Das hervorragende Ereignis beim "Tag der Deutschen" 1968 in Berlin-West war die Sitzung des "Gesamtdeutschen Vorparlaments", das heißt des Plenums der Landtage mit den Landmannschaften und Landesverbänden. Vertreten waren neben Abgeordneten der Landtage, die Vertreter der Parteipräsidien und des Bundes der Vertriebenen.

Nach einleitenden Grußworten durch den stellvertretenden Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Lorenz (CDU), und des Ehrenvorsitzenden der Berliner CDU, Lemmer, hielt Reinhold Rehs (SPD), Präsident des Bundes der Vertriebenen, KKB, an das Vorparlament eine wohlausgewogene und umfassende Ansprache.

Rehs legte zunächst ein Bekenntnis zur deutschen Demokratie und zu den demokratischen Rechten und Pflichten ab, um dann auf schwerwiegende Fragen, die alle Deutschen angehen, einzugehen: Vor allem wandte sich Rehs gegen eine Preisgabe der "unveräußerlichen menschen- und völkerrechtlich abgesicherten Grundwerte der nationalen Selbstbehauptung". Rehs meinte: "Wer an einer Stelle der Welt die Politik der Gewalt, der Okkupation, der Aggression, der Infiltration duldet und damit stärkt, fördert sie an anderer Stelle heraus".

Mit Bezug auf die Vertreibung vieler Millionen von Deutschen erwähnte Rehs die am 9. Dezember 1948 von der UNO beschlossene "Völkermordkonvention", die am 10. Dezember des gleichen Jahres von der UNO-Vollversammlung angenommen und verkündete "Erklärung der Menschenrechte" und die "Konvention des Europarates vom 4. November 1950 zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten", die als ein großer Fortschritt in der Menschenrechtsbewegung zu würdigen wären. Zu diesen Menschenrechten würden nach dem UNO-Katalog auch der Heimatanspruch, das Verbot willkürlicher Ausweisung aus dem Staatsgebiet und das Gebot der Freizügigkeit gehören.

Auf die gegenwärtigen politischen Ereignisse in der CSSR eingehend, sagte Rehs: "Niemand von uns will kalten Krieg. Aber ich halte es für lebensgefährlich mit diesem Begriff, unter Warnung vor einem vermeintlichen Rückfall in den kalten Krieg unsererseits, den harten Anschauungsunterricht wegzuwischen, den wir eben erneut in Prag erleben mußten. Wir wären die ersten, die der These von der friedlichen Koexistenz Glauben schenken möchten, wenn die Praxis der sowjetischen Politik diese These nicht immer wieder

selber Lügen strafen würde."

In diesem Zusammenhang zitierte Rehs einen Satz Kurt Schumachers aus seiner großen Rede im Bundestag am 9. März 1951: "Die Stärke der totalitären Position beruht weitgehend auf der Unkenntnis und der Unklarheit über Wesen des Totalitarismus bei den westlichen Demokratien und bei einem großen Teil des deutschen Volkes."

An der Diskussion nahmen alle im Bundestag vertretenen Parteien teil. Anwesende NPD-Vertreter beteiligten sich an der Aussprache nicht. Von allen Seiten wurde das Problem der Menschenrechte aufgegriffen, das endlich auch für das deutsche Volk zur Anwendung kommen müsse.

Einstimmig wurde schließlich eine "Deklaration" angenommen, in der das unveränderte Ziel, die menschenrechtlichen Grundsätze weder durch Bejahung alten Unrechts noch durch Duldung neuen Unrechts entwerten zu lassen, bekräftigt wird.

In Anbetracht der Beteiligung von NPD-Vertretern sahen sich die Vertreter der SPD-Fraktionen der Landtage veranlaßt, folgende "EntschlieÙung" der Öffentlichkeit zu unterbreiten:

"Den Vertretern der SPD-Fraktionen der Landtage/Bürgerschaften ist es schwer gefallen, an diesem Vorparlament überhaupt teilzunehmen. Wenn eine Teilnahme erfolgte, so geschah es, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß die SPD die Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge vernachlässige. Die SPD-Vertreter unterstützen die Deklaration des Bundes der Vertriebenen zum UNO-Jahr der Menschenrechte 1968.

Die SPD versteht sich nach wie vor als Anwalt der Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge. Die Bedenken richten sich gegen die Teilnahme der NPD-Vertreter. Der 1. September erinnert in aller Klarheit an die Urheber des Vertriebenenproblems.

Der BdV sollte daher für die Zukunft berücksichtigen, daß eine wirkungsvolle und glaubwürdige Vertretung seiner Interessen allein nur in Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften unseres Landes möglich ist."

Der "Tag der Deutschen" wurde umrahmt von einer glänzend gelungenen folkloristischen Veranstaltung, von einem Festakt des BdV zur Verleihung der Plaketten "Für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht" und von einer Großveranstaltung in der Waldbühne, auf der u.a. der Regierende Bürgermeister von Berlin, Schütz, der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Rehs, und der Bundesminister, Hassel, sprachen.

Folgen des Konjunkturaufschwungs

Mehr Gastarbeiter aus Spanien und Portugal

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

In Spanien wie in Portugal wurde mit großer Erleichterung die Nachricht aufgenommen, daß der Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik wieder einen fühlbaren Bedarf an ausländischen Arbeitskräften schafft. Vor Bildung der Großen Koalition, als die deutsche Wirtschaft in die Talsohle fuhr, ging die Zahl der spanischer Gastarbeiter um über 60.000 auf etwa 100.000 zurück, die Portugiesen in der Bundesrepublik verminderten sich auf 8.000. Im Madrider Verbindungsbüro der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge Nürnberg waren 80.000 spanische Bewerber beiderlei Geschlechts registriert, die in der Bundesrepublik arbeiten wollten.

Die neue Konjunkturbelebung läßt spanische und portugiesische Arbeitskräfte hoffen, wieder in größerer Zahl in der Bundesrepublik eine Tätigkeit zu finden, vor allem, wenn sie Facharbeiter sind. Wie eine gleichzeitig in Madrid veröffentlichte Statistik nachweist, konnten nur 4,4 Prozent der über 45.000 spanischen Auslandsarbeiter in der Bundesrepublik unterkommen. Bei den Portugiesen betrug diese Zahl, wie die Lissaboner Zeitung "O Seculo" enthüllt, 2.042 von insgesamt 92.502 "legalen" Auswanderern. Für 1968 liegen noch keine schlüssigen Zahlenwerte vor, doch sprechen amtliche Stellen in beiden iberischen Hauptstädten von einem zahlenmäßigen Anstieg der in die Bundesrepublik vermittelten Gastarbeiter.

Haben Spaniens Arbeiter keine Schwierigkeiten, einen Reisepaß zu erhalten und mit Unterstützung amtlicher Stellen eine gutbezahlte Tätigkeit im Ausland zu finden und damit den niedrigen Löhnen und den wirtschaftlichen Engpässen in der Heimat zu entgehen, so ist Portugals "Auswanderer-Politik" sehr restriktiv.

tiv. Portugal ist das einzige Land Westeuropas, das die "Republikflucht" seiner Untertanen strafrechtlich ahndet. Trotzdem wandern jährlich 50.000 Portugiesen heimlich über Spanien nach Mitteleuropa aus. In den letzten Jahren hatte sich ein regelrechter "Menschenhandel mit Portugiesen" herausgebildet.

Wer in Portugal einen Reisepaß beantragt, ohne als Gastarbeiter angeworben worden zu sein, erhält nach zeitraubenden Formalitäten einen "Touristen-Paß", der nicht zur Arbeitsaufnahme im Ausland berechtigt. So gelang es Portugal, in Holland die Beschäftigung von Portugiesen zu unterbinden, die nur einen Touristenpaß vorweisen können. Die portugiesischen Löhne liegen empfindlich unter dem spanischen Niveau, deshalb ist der Auswanderungswille der Portugiesen dementsprechend stärker ausgeprägt. Nach Frankreich ist die Bundesrepublik das wichtigste und populärste Aufnahmeland für Gastarbeiter aus der Pyrenäenhalbinsel.

Der politische Wert, den die Beschäftigung solcher Gastarbeiter darstellt, wird in seiner Bedeutung meist unterschätzt; in der Bundesrepublik lernen Spanier und Portugiesen erstmals freie Gewerkschaften und eine gut funktionierende Demokratie kennen. Die Ausstrahlungen der Bundesrepublik, die ohnedies in beiden iberischen Ländern höchstes Ansehen genießt, tragen viel zur politischen Willensbildung breiter Bevölkerungsschichten in Spanien und Portugal bei und erleichtern die Atmosphäre, die eine europäische Integration ermöglicht und das Europabewußtsein in Südwesteuropa stärkt.